



Ratsreport

18. Mai 2017

Inhalt

Neues Glücksspielrecht konsequent umsetzen!	2
SPD will Plätze im Veedel aufwerten	4
Lösungen für Platzproblem an weiterführenden Schulen	5
Bildungsangebot in der OGTS wird weiter ausgebaut	6
Was noch geschah...	6
» Planung beim „Roten Haus“ auf dem richtigen Weg	6
» Stadtrat beschließt gemeinsame Resolution	6
» Silvester 2017 - Gemeinsam friedlich und fröhlich feiern am Dom	7
» Förderprogramme für benachteiligte Quartiere beschlossen	7
» Kommunales Vorkaufsrecht soll der Stadt mehr Flächen bringen	8
» Weiter Kritik an Kostenexplosion bei Bühnensanierung	8
» Abschreckungsgebühren für Museumsführungen	9
» Weg frei für den Ankauf des Kaufhauses Sauer	9
» Kölner Museumbus rollt weiter	9
» Stadtentwässerungsbetriebe kümmern sich um unsere Weiher	9
» Planungsaufnahme für zwei Schulen endlich beschlossen	10

Neues Glücksspielrecht konsequent umsetzen! Jamaika steht auf der Bremse

SPD will illegale Wettbüros endlich schließen

Die SPD-Fraktion hatte im Rat der Stadt Köln gefordert, das neue Glücksspielrecht konsequent umzusetzen. Ende April wurde höchstrichterlich bestätigt, dass der Betrieb von Glücksspielhallen strengen Regeln unterworfen werden darf. Höchste Zeit, zu Handeln. Darauf wollte sich Jamaika allerdings noch nicht festlegen und verwies den Antrag zur Beratung in den zuständigen

Fachausschuss.

Hierzu Martin Börschel, Vorsitzender der SPD-Fraktion: „Bereits 2012 hat die Landesregierung das Glücksspielrecht in NRW geändert und Spielhallen deutlich stärker reglementiert. In diesem Herbst läuft die Übergangsfrist aus. Spielhallen müssen künftig einen Mindestabstand von 350 Metern sowohl zur nächstgelegenen Spielhalle als auch zu Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe einhalten. In



Von Graf Foto - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=23692679>

der Praxis wird das dazu führen, dass viele Spielhallen dicht gemacht werden. Gut so! Dadurch ergeben sich Chancen für neue Nutzungen und damit zur Aufwertung der Veedel.“

Die SPD-Fraktion bleibt bei ihrer Forderung, dass die Stadt jetzt schleunigst die Voraussetzungen schaffen muss, um dieses neue Recht anwenden zu können. Unter anderem muss sie rechtssichere Kriterien entwickeln, was passiert, wenn mehrere Spielhallen aufgrund der neuen Mindestabstandsregelung nicht an einem Standort bleiben können.

Ähnlich sieht es bei den zahllosen Wettbüros aus. Allein in Köln gibt es schätzungsweise über 1.000 illegale, aber geduldete Wettbüros. Perspektivisch soll diese Zahl nach dem Willen des Gesetzgebers in Köln auf rund 40 Wettbüros reduziert werden.

Christian Joisten, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses Allgemeine Verwaltung: „Die Stadtverwaltung muss diesen

Wildwuchs an Wettbüros jetzt konsequent bekämpfen. Als erstes braucht sie einen genauen Überblick, wie viele Wettbüros es überhaupt gibt und welche nach geltendem Recht bereits geschlossen werden können. Dazu gehört natürlich auch die notwendige personelle Ausstattung beim Ordnungsamt.“

CDU, Grüne und FDP konnten sich nicht dazu durchringen, dieser SPD-Initiative jetzt zuzustimmen und so den Jugendschutz und der Suchtprävention mit dem erforderlichen Nachdruck umzusetzen.

Wie dringlich das Thema ist, zeigt ein aktuelles Ereignis: Am Donnerstag findet die Kölner Polizei bei Razzien im Umfeld von Wettbüros 500 Schuss und gefälschte Pässe sichergestellt.

Weitere Informationen:

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=611633&type=do&>



Von GeorgHH - Eigenes Werk (Own photo), CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=3906929>

SPD will Plätze im Veedel aufwerten

Jedes lebendige Veedel braucht ein Herz, das in seiner Mitte schlägt. Neben den allseits bekannten zentralen Innenstadtplätzen wie Rudolfplatz, Heumarkt und Neumarkt haben auch die Stadtteile ihre zentralen Orte und Begegnungsräume. Sie gilt es, für die Kölner Bevölkerung wiederzuentdecken und aufzuwerten.

Die SPD hat sich daher dafür eingesetzt, dass der Rat sich zu einem „Manifest des Veedelsplatzes“ bekennt. Leider konnten sich CDU, Grüne und FDP nicht dazu entschließen, unserem Antrag zuzustimmen - CDU und Grüne waren nur zu polemischen Ausfällen fähig. Schade für die Kölner Veedel!

Michael Frenzel, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, begründete den Antrag: „Wir wollen, dass auch die Veedelsplätze zu mehr Aufenthalt einladen – mit Bänken und Spielplätzen, Grünflächen, Bäumen und Trinkwasserbrunnen. Und sie sollen sinnvoll genutzt werden: mit Außen-gastronomie und Abendmärkten, aber auch für Veranstaltungen oder Nachbarschaftsfeste. Sinnvoll können auch urban gardening oder Gemeinschaftsgärten sein, gerade in den Außenbezirken.“

Um die Plätze herum sollen sich Gastronomie, Geschäfte und Büros ansiedeln. „Wir setzen auf eine bessere öffentliche Kontrolle, mit der wir Sicherheitslage und -gefühl verbessern können. Dazu soll auch eine gute Platzbeleuchtung beitragen“, so Frenzel weiter.

Die Verwaltung sollte laut SPD Leitlinien für die Gestaltung, Nutzung und Pflege von Vee-



Der Präses Richter Platz in Mülheim ist ein typischer Veedelsplatz - Von HOWI - Horsch, Willy - Eigenes Werk, CC BY 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=19288485>

delsplätzen erarbeiten. Diese müssen eine Bürgerbeteiligung vorsehen, ausdrücklich unter Einbindung von Kindern und Jugendlichen. „Ziel ist es, über eine breite Akzeptanz vor Ort Verantwortung für den öffentlichen Raum zu schaffen, sodass die geschaffenen Regeln für den Veedelsplatz von allen eingehalten werden!“

Im Haushalt fortsetzen möchten wir ab 2018 das Programm, Plätze in den Stadtbezirken aufzuwerten. Nachdem auf Initiative der SPD in den Jahren 2014 und 2015 jeweils 800.000 € für die Stadtbezirke Chorweiler, Mülheim, Porz, Kalk, Rodenkirchen und Nippes bereitgestellt worden sind, stehen jetzt noch die Bezirke Innenstadt, Lindenthal und Nippes aus. Unsere Initiative aus dem letzten Jahr wurde damals von CDU, Grünen und FDP unverständlicherweise blockiert“, bedauerte Frenzel.

Weitere Informationen:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=68945&vo-select=16710

SPD begrüßt Lösungen für Platzproblem an weiterführenden Schulen

Gesamtstrategie für den Schulbau weiter dringend erforderlich

Die SPD-Fraktion zeigt sich erleichtert, dass es durch das Zusammenwirken von Schuldezernentin Dr. Agnes Klein, Bezirksregierung und Schulen vor Ort im Kölner Westen Lösungen für die Kinder geben wird, denen auf Grund des Kölner Schulbaunotstandes bei der ersten Verteilung weit entfernte Schulplätze zugewiesen werden mussten.

CDU, Grüne und FDP hatten hier lange Zeit die Eltern im Kölner Westen mit falschen Versprechungen zur Einrichtung von Mehrklassen an den bestehenden Schulen und Fehlinformationen zum Anmeldeverfahren verunsichert.

Die nun erarbeitete Lösung sieht folgendes vor: Das Georg-Büchner-Gymnasium bildet in 2017 bis zu drei zusätzliche Klassen, die im Schulgebäude der Friedensschule in Widdersdorf unterkommen. Wenn dann im August 2018 das Interim für das Gymnasium Zusestraße im Gebäude der Friedensschule in Widdersdorf startet, werden die Mehrklassen als Jahrgang dorthin übernommen. Franz Philippi, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion dazu: „Die SPD-Fraktion unterstützt diese Lösung. Sie betritt schulrechtliches Neuland, denn Kreativität war hier gefragt. Sie ist für die Eltern mit der Sicherheit verbunden, dass sie ihr Kind an einer bestehenden Schule anmelden können und ihnen damit der Schulplatz sicher ist. Unser ausdrücklicher Dank gebührt hier dem derzeit ohnehin stark belasteten Georg-Büchner-Gymnasium und seinem Schulleiter, dass er mit seinen Kolleginnen und Kollegen

bereit ist, diesen Kraftakt zu leisten.“

Zudem hat die Schulverwaltung und die Bezirksregierung in den letzten Wochen auch für viele Schülerinnen und Schüler bereits weitere gute Lösungen an anderen Schulen finden können.

Auch in Ehrenfeld und Nippes ist noch Bewegung

Die Einrichtung einer Mehrklasse am Montessori-Gymnasium im Stadtbezirk Ehrenfeld kann durch den Einsatz weiterer Fachraumcontainer hoffentlich zum Schuljahr 2018/19 ermöglicht werden.

Auch im Kölner Nordwesten hatten sich Eltern gemeldet, deren Kinder an weiter entfernte Schule zugewiesen wurden. Durch die zusätzlichen Klassen des Georg-Büchner-Gymnasiums gerät natürlich wieder Bewegung in die Anmeldesituation an den Schulen, so dass wir zuversichtlich sind, dass im Rahmen der von der SPD geforderten Einzelfallprüfungen für alle Kinder eine Lösung gefunden werden kann.

Gesamtstrategie für den Schulbau weiterhin dringend erforderlich

Franz Philippi betont noch einmal abschließend: „Für die städtische Gebäudewirtschaft braucht es endlich eine Gesamtstrategie, um den Knoten im Schulbaunotstand zu durchschlagen. Denn es kann nicht sein, dass für einige Schulen schnelle Lösungen gefunden werden und die anderen nicht wissen, mit welchen Perspektiven es für sie weitergeht. Wir bleiben dran!“

Bildungsangebot in der OGTS wird weiter ausgebaut

Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder ist ein Muss

Die SPD-Fraktion begrüßt den Ausbau des städtischen Angebots im Offenen Ganztags um weitere 800 Plätze, denn die Eltern brauchten dringend Planungssicherheit. „Unsere Millionenstadt wächst. Damit steigt die Herausforderung, für unsere Kinder größtmögliche Chancen auf ein gutes und umfassendes Bildungsangebot zu schaffen, das auf Dauer auch kostenfrei ist“ erläutert Andreas Pöttgen, Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

Franz Philippi, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, weist zudem auf die

weiteren Herausforderungen für die Zukunft hin: „Den strukturellen Unterschieden in unserer Stadt müssen wir weiterhin entgegenwirken. So steigt die Anzahl der Plätze in den Stadtteilen mit besonderem Jugendhilfebedarf und insgesamt im Rechtsrheinischen nicht in ähnlich hoher Weise wie in anderen Stadtteilen. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir das Bildungsangebot OGTS auch dort präsenter machen können.“

Hier geht's zur Beschlussvorlage:
https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=67069&vo-select=16710

Was noch geschah...

Planung beim „Roten Haus“ auf dem richtigen Weg

Die SPD-Fraktion begrüßt die Fortschritte bei der Planung des „Roten Hauses“ in der Altstadt. Im Februar 2017 hatte die Fraktion einige Änderungsvorschläge eingebracht, die nun zu einem großen Teil umgesetzt werden. Gegenüber dem ursprünglich vorgesehenen Steg ist die jetzige Planung einer einsehbaren Verbindung zwischen Aufzug und Bürgerstraße auf der Ratshausebene städte-

baulich und auch gestalterisch ansprechend. Die SPD spricht sich dafür aus, dass im Rahmen der weiteren Planung geprüft wird, inwieweit die Ratshaustreppe soweit wie möglich in der ursprünglichen Breite erhalten bleiben kann. Die Verwaltung hat in Person des Leiters der Gebäudewirtschaft, Herr Beigeordneten Höing, Prüfung zugesagt.

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=68633&vo-select=16710



Stadtrat beschließt gemeinsame Resolution

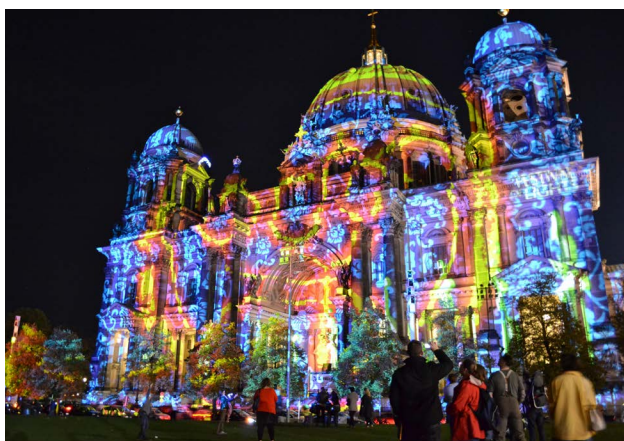
Der Kölner Stadtrat fordert die Aufhebung der Ausreisesperre für den Politikwissenschaftler Dr. Sharo Garip. Der deutsche Staatsangehörige kurdischer Abstammung darf nicht aus der Türkei ausreisen. Garip hatte im Januar 2016 einen Appell

für die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen zwischen türkischem Staat und Kurden unterzeichnet. Für die SPD ist klar: Menschen- und Grundrechte sind unteilbar und müssen überall gelten.

Silvester 2017 - Gemeinsam friedlich und fröhlich feiern am Dom

Mit den Stimmen der SPD sind die Grundlagen für das Sicherheitskonzept zu Silvester rund um den Dom beschlossen worden. Die Verwaltung schlägt unter anderem vor, für die kommenden Jahre bis 2020 die zusätzlich benötigten externen Sicherheitskräfte gebündelt von einem spezialisierten Dienstleister zu beziehen. Wir sehen dies positiv und erwarten, dass sich dadurch die Pannen aus dem letzten Jahr nicht wiederholen – dort waren Sicherheitsdienstleister mit Unzuverlässigkeiten negativ aufgefallen. Darüber hinaus beantragte die SPD gemeinsam mit Linken und Piraten, rechtzeitig ein kulturelles Rahmenprogramm zu planen. Ziel ist es, dass alle Kölnerinnen und Kölner auch in der Domumgebung sicher und fröhlich Silvester feiern können. Im vergangenen Jahr war zum Beispiel die Idee einer Illumination des Doms insbesondere daran gescheitert, dass die Stadtverwaltung eine rechtzeitige Planung verschlafen hatte.

Bemerkenswert war, dass sich Jamaika auf



Ob der Kölner Dom - wie hier der von Berlin - zu Silvester erstrahlen wird, steht bislang noch in den Sternen.

keine gemeinsame Linie verständigen konnte, wie man mit diesem Antrag inhaltlich umgehen möchte. Bloß nicht abstimmen müssen und sich inhaltlich bekennen, war die Devise. Deshalb sollte nach ihrem Willen der Änderungsantrag auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Dies ist allerdings so in der Geschäftsordnung des Rates nicht vorgesehen. Für die Oberbürgermeisterin war dies offensichtlich aber kein Hinderungsgrund, den politischen Wünschen von Jamaika zu entsprechen.

Weitere Informationen:

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=613841&type=do&>



Von A.Savin (Wikimedia Commons · WikiPhotoSpace) - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=4229688>

Förderprogramme für benachteiligte Quartiere beschlossen

Der Rat hat in seiner jüngsten Sitzung das Integrierte Handlungskonzept (IHK) für die Sozialräume Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst, Meschenich und Rondorf sowie Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord beschlossen. Die Fraktionen knüpfen damit an den Grundsatzbeschluss für das Leitkonzept „Starke Veedel – Starkes Köln“ an.

Im IHK sind jeweils konkrete Maßnahmen in folgenden Bereichen beschrieben:

- früh ansetzende Hilfen für Familien, Kinder und Jugendliche

- Aufwertung des öffentlichen Raums
- Wirtschaft und Qualifizierung
- Umweltgerechtigkeit (Klimaschutz, Luftreinhaltung, Lärminderung)
- Verbesserung des Wohnumfeldes

Die Förderprogramme gehen noch auf eine Initiative des ehemaligen SPD-Oberbürgermeisters Jürgen Roters zurück. Finanziert werden sie hauptsächlich über das NRW-Programm „Starke Menschen – starke Quartiere“, welches von der rot-grünen Landesregierung ins Leben gerufen wurde. Zudem hat der Rat die Aufwertung und Umgestaltung zentraler Plätze in Chorweiler beschlossen. Die Gesamtkosten von mehr als acht Millionen Euro fördert der Bund mit fünf Millionen Euro aus Mitteln für Nationale Projekte des Städtebaus.

Die Ratsvorlagen mit den konkreten Maßnahmen für die Sozialräume finden sich hier: IHK für den Sozialraum „Meschenich und Rondorf“:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=67862&vo-select=16710

IHK für die Sozialräume „Mülheim-Nord und Keupstraße“, „Buchheim und Buchforst“:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=67865&vo-select=16710

IHK für den Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord“:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=67868&vo-select=16710

Hier findet sich die Beschlussvorlage zur Umgestaltung der Plätze in Chorweiler:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=68421&vo-select=16710

Kommunales Vorkaufsrecht soll der Stadt mehr Flächen bringen

Die Wiedereinführung des kommunalen



By © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons), CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=29711331>

Vorkaufsrechts rückt einen Schritt näher: Knapp anderthalb Jahre nach dem entsprechenden Grundsatzbeschluss des Rates – den die SPD initiiert hatte – hat der Rat heute die personellen, sachlichen und rechtlichen Voraussetzungen beschlossen. Das Vorkaufsrecht ermöglicht es der Stadt in bestimmten Fällen, bei einem Grundstücksverkauf zu prüfen, ob sie die Fläche selbst erwerben will. Insbesondere für neue Wohngebiete, Schulen oder Kindertagesstätten benötigt Köln dringend neue Flächen. Kurzfristig muss die Oberbürgermeisterin dafür sorgen, dass für ein reibungsloses Verfahren die erforderlichen Stellen in der Verwaltung besetzt werden.

Die Ratsvorlage findet sich hier:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=68424&vo-select=16710

Weiter Kritik an Kostenexplosion bei Bühnensanierung

In der Diskussion um den Wirtschaftsplan der städtischen Bühnen hat die SPD-Fraktion erneut die unkritische Bereitstellung von 404 Millionen Euro für die Sanierung von Oper und Schauspiel kritisiert und wie schon im vergangenen Jahr abgelehnt. Dem ei-

gentlichen Betrieb von Oper und Schauspiel stimmte die SPD-Fraktion zu und begrüßte dabei ausdrücklich auch die geplante Stärkung des Tanzes innerhalb der Bühnen.

Abschreckungsgebühren für Museumsführungen

Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion hat der Rat heute Gebühren für Führungen in den städtischen Museen eingeführt. Als SPD-Fraktion freuen wir uns über attraktive Museen, die viele Besucherinnen und Besucher anziehen. Dabei sind Abschreckungsgebühren der falsche Weg!

Weg frei für den Ankauf des Kaufhauses Sauer

Das Römisch-Germanische Museum wird Ende des Jahres seine Türen für eine Generalsanierung schließen. Als Zwischenstandort hat der Stadtrat heute den Erwerb des ehemaligen Kaufhauses Sauer in der Minoritenstraße beschlossen. Damit kann eines der beliebtesten Museen der Stadt auch während der Sanierung seine Werke weiterhin attraktiv ausstellen. Dank seiner zentralen Innenstadtlage ist der Ankauf der Immobilie auch für die Zeit nach der Nutzung als Museum eine lohnende Investition für die Stadt.

Kölner Museumbus rollt weiter

Der Kölner Museumbus wird weiterhin Schülerinnen und Schüler kostenfrei von ihren Schulen abholen und zu einem der städtischen Museen oder dem Käthe-Kollwitz Museum bringen. Damit können insbesondere Klassen von Haupt-, Real- und Gesamtschulen weiterhin Kunst und Kultur hautnah erleben. Der Rat beschloss heute die Fortsetzung des Erfolgsprojekts.



Von © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons), CC-BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=38103941>

Stadtentwässerungsbetriebe kümmern sich um unsere Weiher

Ab sofort übernehmen die Kölner Stadtentwässerungsbetriebe (StEB) die Pflege aller 16 Parkweiher Kölns. Dafür werden sie in den nächsten Jahren rund fünf Millionen Euro investieren, um u.a. den Weiher im Blücherpark wieder in Schuss zu bringen. Nicht nur für unsere Pänz sind die Gewässer das Highlight unserer Grünflächen und Parks – sie bieten außerdem einer großen Vielfalt an Pflanzen und Tieren ein Zuhause. Damit leisten sie einen Beitrag für ein besseres Klima in Köln.

Link zur Vorlage: https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=64670&voselect=16710



Planungsaufnahme für zwei Schulen endlich beschlossen

Die SPD-Fraktion freut sich, dass die Planungsaufnahmen für die katholische Grundschule Gutnickstraße in Roggendorf/Thenhoven sowie das Mülheimer Herder Gymnasium nun endlich beschlossen werden konnten. Wir haben uns dafür stark gemacht, dass die Planungsbeschlüsse endlich auf die Tagesordnung des Rates kommen. Die KGS in der Gutnickstraße soll einen Erweiterungsbau bekommen, das Herder Gymnasium zusätzliche Klassenräume und eine Dreifach-Turnhalle.

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=66921&vo-select=16710

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=66951&vo-select=16710